

HINTERGRUNDDOSSIER: BARGELD-DEBATTE

Argumente und Fakten

13. April 2016

Impressum

*Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.*

*Team
Finanzmarkt*

*Markgrafenstraße 66
10969 Berlin*

finanzen@vzbv.de

INHALT

I. ZUSAMMENFASSUNG	3
II. ZWEI PARALLELE DISKUSSIONEN	5
III. BARGELDBEGRENZUNGSDEBATTE	6
1. Entwicklung und Blick auf das EU-Ausland:.....	6
2. Verhältnismässigkeitserwägung	7
3. Resultierende Argumentationsansätze	8
IV. BARGELDABSCHAFFUNGSDEBATTE	9
1. Entwicklung der Diskussion in Deutschland.....	9
2. Skandinavien als Referenz für eine (fast) bargeldfreie Gesellschaft?	10
3. Entwicklungen in anderen EU-Ländern.....	12
4. Abwägungspunkte zum Bargeld	13
5. Fazit	14
V. ABSCHAFFUNG DER 500 EURO BANKNOTEN	15
VI. KLEINMÜNZEN	15

I. ZUSAMMENFASSUNG

- **Bargeldebegrenzungen** gibt es schon in einigen EU-Mitgliedsländern. Sowohl in der Ausgestaltung, als auch in Höhe und im Trend (Erhöhungen und Verringerungen der Grenzen) sind sie sehr unterschiedlich gestaltet. Aufgrund der Schwierigkeiten von Verbraucherinnen und Verbrauchern, untereinander unbar zahlen zu können, bestehen in drei Ländern ausdrücklich keine Grenzen für private Zahlungen.

Eine Bargeldebegrenzung kann von Tätern weiterhin umgangen werden, normales Verbraucherverhalten wird dagegen kriminalisiert.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher¹ werden insbesondere wichtige Zahlungen erschwert: Etwas Wertvolles privat zu verkaufen, wie das Auto oder zum Beispiel eine Sportausrüstung, bedarf der Möglichkeit, größere Barbeträge zahlen oder in Empfang nehmen zu können. Denn nur so kann Zug um Zug das Geschäft abgewickelt werden und der Verbraucher durch das empfangene Bargeld sicher sein, nicht über ein anderes Zahlungsmittel betrogen zu werden. (Etwa auch durch ein zuvor gehacktes Zahlungsmittel eines anderen Verbrauchers.)

- ❖ Das Konzept ist als solches kritisch, weil es Missbrauch auf Kosten der Verbraucher erschwert, aber nicht verhindert.
- ❖ Die Grenze von 5.000 Euro erscheint zu niedrig.
- ❖ Mindestens müssten Ausnahmen für Zahlungen von privat an privat vorgesehen werden, nach dem Vorbild anderer Mitgliedsländer.

- **Bargeldabschaffung** – Bargeld abzuschaffen, schafft die größten Probleme:

- ❖ Ständige Nachvollziehbarkeit jeder Zahlung und damit des gesamten wirtschaftlichen und zum Teil auch privaten Verhaltens.
- ❖ Ständige Abhängigkeit von Zahlungsanbietern
 - Kosten für das private Bezahlen
 - Technische Ausfälle
 - Erfordernis online zu sein sowie über Computer bzw. Smartphone zu verfügen
 - Vorgaben von Anbietern, wer und was bezahlt werden darf
- ❖ Druckpotential durch Negativzinsen
- ❖ Verminderte Ausgabenkontrolle

Mit dem Aufkommen von neuen unbaren Zahlungsmitteln nimmt die Nutzung von Bargeld ab, in Deutschland aber noch langsamer als etwa in UK oder Skandinavien. Wird weniger Umsatz mit Bargeld gemacht, wird das Bargeld im Verhältnis zu anderen Zahlungsmöglichkeiten für Händler teurer. Das verschafft Kampagnen etwa

¹ Die gewählte männliche Form bezieht sich immer zugleich auf weibliche und männliche Personen. Wir bitten um Verständnis für den weitgehenden Verzicht auf Doppelbezeichnungen zugunsten einer besseren Lesbarkeit des Textes.

auch der Kartenanbieter Aufwind, Bargeld als etwas Altmodisches und Ineffizientes darzustellen.

Sehr oft wird auf Dänemark und Schweden Bezug genommen, beide Länderentwicklungen sind daher konkreter dargestellt. Die Medien geben hierzu kein vollständiges Bild. In Schweden kann man durch bargeldfreie Bereiche auch die Probleme einer bargeldlosen Gesellschaft bereits konkreter nachweisen. Die Schwedische Reichsbank gibt aber aktuell neue Münzen und Scheine aus und die aus Dänemark bekannte Initiative, die Annahmepflicht von Bargeld einzuschränken, wurde nach Auskunft der dänischen Verbraucherschutzkollegen inzwischen gestoppt.

- ❖ Bargeldbegrenzung und der Übergang zur häufigeren Nutzung bargeldloser Zahlungen verschaffen den Kampagnen zur Bargeldabschaffung Zulauf und sorgen dafür, dass Handel und Banken künftig die Mehrkosten von Bargeld beklagen könnten. Ohne Bargeld würde aber eine absolute Abhängigkeit der Verbraucher geschaffen. Dies lehnt der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ab.
- ❖ Wenn man das Prinzip des gesetzlichen Zahlungsmittels durch das Bargeld aufgibt, muss man einen Ersatz schaffen. Im Markt der unbaren Zahlungsmittel dürfte es nicht vorstellbar sein, ein Produkt dann zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erheben, das jeder haben beziehungsweise akzeptieren muss.

- Über den **500 Euro Schein** entscheidet die EZB.

Die Abschaffung bedeutet die geringste Einschränkung für Verbraucher. Das Problem liegt bei Verbrauchern, die kein Vertrauen in Banken haben und ihr Geld privat in 500 Euro Scheinen gelagert haben.

- In der Frage, ob **Kleinmünzen** abgeschafft werden sollten, steht der Wunsch nach Verzicht auf die überflüssigen Münzen, die die Ladentheke häufiger als Rückgeld in Richtung Kunden denn in Richtung Kasse passieren, die Sorge um preisliche Auswirkungen beim Runden gegenüber. Auch die Münzgeldstudie der Bundesbank schafft keine wirklich eindeutige Aussage.
- ❖ Vertretbar scheint die Abschaffung am ehesten, wenn nur die Endabrechnungen gerundet werden dürfen, und nicht die Einzelpreise und wenn das Runden entfällt, wenn Verbraucher unbar bezahlen. Dies begrenzt den Preiseffekt und gibt Verbrauchern die Möglichkeit, ein Aufrunden auch auszuschließen – allerdings um den Preis, dann vielleicht weniger als bisher bar zu zahlen und eine Bargeldabschaffung zu befördern.

Auf eine Thematisierung von digitalen Ersatzwährungen, wie Bitcoins, wurde verzichtet. Diese Instrumente stehen bereits im Fokus von EZB und Behörden, sodass es nicht auszuschließen ist, dass auch die Nutzung dieser Instrumente zur Terror-Bekämpfung verboten bzw. eingeschränkt und überwacht wird.

II. ZWEI PARALLELE DISKUSSIONEN

Es gibt zwei wesentliche Diskussionsstränge, die sich derzeit überschneiden:

1. Die Beschränkung der Möglichkeit mit Bargeld zu zahlen.
2. Die – zukünftige – Abschaffung von Bargeld als Ganzem.

In diesem Kontext wird außerdem diskutiert, den 500-Euro-Schein abzuschaffen sowie die Ein- und Zwei-Cent-Münzen aus dem Verkehr zu ziehen.

Folgende Motive erzeugen die Diskussion:

1. Bekämpfung von Terrorismus/Kriminalität sowie Steuerflucht/Schwarzgeld
2. Effizienz von Zahlungen und Kosten von Bargeld

Die Kriminalitätsbekämpfung beherrscht die Debatte über die Begrenzung des Bargeldes, wie auch die Abschaffung des 500 Euro Scheines. Die Effizienzdebatte prägt die Diskussion zur Abschaffung des Bargeldes als solchem, mindestens der Abschaffung der Kleinmünzen.

Es gibt aber Überschneidungen, sodass man die beiden eigentlich eigenständigen Diskussionen nicht völlig voneinander trennen kann.

- Die Debatte über die Kleinmünzen ist schon älter in Deutschland. Im September 2012 gab es dazu bereits einen ersten – inoffiziellen – Termin mit der Bundesbank. Der vzbv hat der Bundesbank dabei im Ergebnis mitgeteilt, dass es kein klares Votum für oder gegen die Kleinmünzen gibt. Im Vorfeld des Treffens waren alle vzbv-Mitgliedsverbände dazu gefragt worden. Es gab genau gleich viele Voten für wie gegen die Abschaffung der Ein- und Zwei Cent-Münzen.
- Dagegen ist die Debatte zur Beschränkung des Bargeldes in Deutschland relativ neu und im Wesentlichen erst seit Anfang Februar 2016 in den Medien.
- Am 12. Februar 2016 trafen sich die EU Finanzminister, insbesondere aufgrund einer deutsch-französische Initiative, um über eine EU-weite Begrenzung der Bargeldzahlung zu verhandeln. Entsprechende Initiativen wurden kurz zuvor auch im Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrat beschlossen.² Deutschland vertritt dabei den Ansatz einer 5.000 Euro Grenze für Bargeldzahlungen und will diese notfalls auch ohne EU-Einigung einführen.³

² <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/EN/Standardartikel/Topics/Europe/Articles/2016-02-09-48th-franco-german-financial-and-economic-council.html>

³ <https://www.tagesschau.de/ausland/bargeld-begrenzen-101.html>

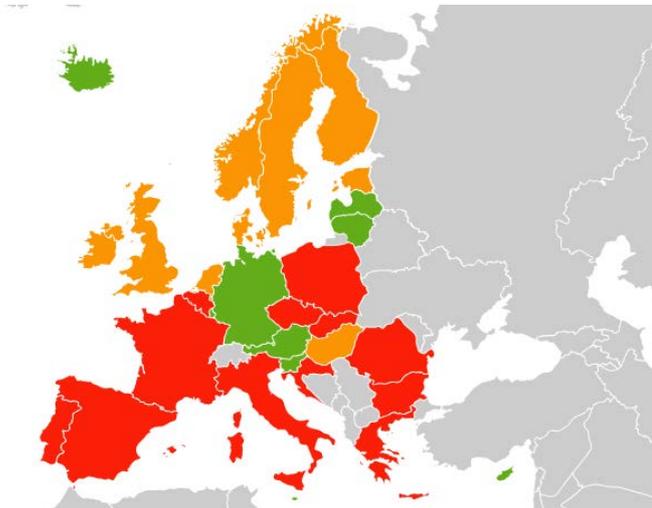
III. BARGELDBEGRENZUNGSDEBATTE

1. ENTWICKLUNG UND BLICK AUF DAS EU-AUSLAND:

Schon seit 2005 ist die Einfuhr von Bargeld über die Grenzen und in die EU durch die EU reglementiert und beschränkt. Beträge über 10.000 Euro sind deklarationspflichtig.⁴

Als Ausgangspunkt der Debatte zur Begrenzung von Bargeld zur Abwehr von Schwarzgeld und zur Bekämpfung der Kriminalität kann in Europa **Italien** gesehen werden. Zur Bekämpfung von Mafiageldern wurde die Verwendung von Bargeld dort in Stufen seit 2008 immer stärker beschränkt, und zwar zunächst auf 12.500 Euro, 2010 dann auf 5.000 Euro, 2011 auf 2.500 Euro und im selben Jahr noch einmal auf 1.000 Euro.⁵ Zum Jahresbeginn 2016 wurde das Verbot zur Barzahlung dagegen auf Beträge ab 3.000 Euro wieder erhöht. Hintergrund war unter anderem die Herstellung eines Begrenzungsniveaus, das sich stärker an den Grenzen in anderen EU-Ländern orientieren sollte, aber auch eine Förderung des Tourismus, der sich über die Beschränkungen beklagt hatte.⁶

Seitdem gibt es **eine Reihe von Ländern im Bereich der EU/EWR, die über Restriktionen für die Nutzung des Bargeldes verfügen**, bisher vor allem in den südlichen und östlichen EU-Mitgliedsländern, aber auch in Frankreich und Belgien. (Rot markiert auf der Karte des Europäischen Verbraucherzentrums Deutschland (EVZ)⁷). In weiteren Mitgliedsländern gibt es faktische Begrenzungen (Orange markiert). Diese Begrenzungen beruhen darauf, dass der Handel dazu übergegangen ist, Bargeld nicht oder nur begrenzt zu akzeptieren, aber auch auf anderen indirekt wirkenden gesetzlichen Maßnahmen. So dürfen juristische Personen in Ungarn nicht mehr unbegrenzt barzahlen.



⁴ Verordnung EG/1889/2005 http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/customs/customs_controls/cash_controls/r1889_2005_de.pdf.

⁵ <http://www.fiscooggi.it/attualita/C3%A0/articolo/limitazioni-alluso-del-contante-novita-C3%A0-nel-decreto-salva-italia-1> (IT)

⁶ <https://www.forexinfo.it/Limite-contanti-3000-2016-decorrenza> (IT)

⁷ Karte EVZ Februar 2016, <http://www.evz.de/de/verbraucherthemen/geld-und-kredite/im-ausland-bezahlen/hochstgrenzen-bargeldzahlung/>

Nach der Anhebung in Italien bestehen die schärfsten unmittelbaren Beschränkungen

- in **Portugal** und **Frankreich** (1.000 Euro),
- gefolgt von **Griechenland** (1.500 Euro), **Rumänien** (ca. 2.260 Euro), **Spanien** (2.500 Euro) und **Belgien** (3.000 Euro),
- aber meist deutlich mehr bei den übrigen osteuropäischen Staaten wie **Slowakei** (5.000 Euro), **Bulgarien** (ca. 7.668 Euro), **Tschechien** (ca. 13.000 Euro) und **Kroatien** und **Polen** (15.000 Euro).⁸

Auffällig sind in mehreren Ländern **Ausnahmen für Verbraucher, die nicht im selben Land wohnen**. Hier erhöhen sich die Beträge erheblich (Spanien 15.000 statt nur 2.500 Euro und Frankreich 10.000 Euro statt nur noch 1.000 Euro). Ferner sind Bargeldzahlungen zwischen Verbrauchern in einigen Ländern nicht beschränkt (Portugal, Spanien und Frankreich).⁹

In Bezug auf die **Entwicklung gibt es gegenläufige Tendenzen**. Im Gegensatz zur jüngsten Erhöhung der Grenze in Italien hat Frankreich erst im Oktober 2015 – wohl wegen der Terrorangriffe – die Beschränkung von 3.000 Euro auf 1.000 Euro verschärft. Belgien diskutiert dagegen eine Anhebung von 3.000 Euro auf 7.500 Euro. Die Initiative von Deutschland trifft daher auf keine einheitliche Ausgangsbasis.¹⁰

2. VERHÄLTNISMÄSSIGKEITSERWÄGUNG

Die Beschränkung der bar bezahlbaren Beträge, um hierdurch Kriminellen die Nutzung von Bargeld zu erschweren, ist als Ziel ins Verhältnis zu den Einschränkungen für Verbraucher zu setzen.

Zunächst muss das Mittel überhaupt geeignet sein, Transaktionen für die Zielgruppe zu erschweren. Während im Handel Transaktionen ohnehin – und sei es für die Steuerbehörden – aufgezeichnet werden müssen, ist dies im **privaten Geldaustausch** nicht der Fall. Niemand kann also nachvollziehen, wenn hier Bargelddbeträge ausgetauscht werden. Somit kann auch eine Begrenzung Täter nicht wirksam abhalten. Sie würde dagegen den Austausch im privaten Bereich von Verbrauchern unnötig kriminalisiert.

Bemerkenswert ist, dass dies in mehreren Ländern auch dazu geführt hat, keine Begrenzungen für private Zahlungen festzulegen. Dies ist ein Gedanke, der dem deutschen Vorschlag fehlt.

Ferner sollten die Folgen der Beschränkung für Verbraucher, die durch die Maßnahmen zur Kriminalitätsabwehr als Unbeteiligte betroffen sind, nicht unverhältnismäßig erschwerend wirken. In diesem Kontext scheint die Begrenzung auf einen niedrigen Betrag sehr kritisch. Auch wenn es Verbrauchern wegen der Gefahr etwa eines Überfalles

⁸ Angaben nach EVZ <http://www.eu-verbraucher.de/de/verbraucherthemen/bezahlen-in-der-eu/bezahlen-im-ausland/hoechstgrenzen-fuer-bargeldzahlungen/> (Stand Februar 2016), Grafik:: EVZ

⁹ S. EVZ a.a.O.

¹⁰ S. EVZ a.a.O.

nicht grundsätzlich anzuraten ist, große Beträge in bar zu bezahlen oder in bar entgegenzunehmen, ist die **Barzahlung doch das einzige Mittel um die Begleichung eines Geschäftes über ein höherwertiges Gut als Käufer oder Verkäufer Zug-um-Zug zu erledigen**. Der Gegenwert eines höherwertigen Gutes, wie etwa eines Autos oder zum Beispiel eines Sportbootes, lässt sich privat oder gegenüber einem nicht näher bekannten Händler sicher nur durch eine Barzahlung bewältigen. Herkömmlich sichere Zahlungswege, wie die Überweisung, setzen eine Vorleistung einer Seite voraus. Zahlungsinstrumente, die unmittelbar auch über höhere Beträge sicher und sofort bewirkt werden können, finden zumindest in Deutschland noch nicht statt. Über die Einführung von Instant Payment Zahlungsmitteln und zugehörigen Standards, die auf eine Zahlung eine sofortige verbindliche Gutschrift erreichen, werden noch in der EU diskutiert.¹¹

Optionen, wie das Zurückhalten des Fahrzeugscheines bis zur völligen Bewirkung der Leistungen, kommen nur für Güter zum Tragen, die über solche Papiere verfügen, die das Eigentumsrecht verbriefen. Andere Güter als Fahrzeuge und Immobilien, wie zum Beispiel hochwertige Einrichtungsgegenstände oder Rennräder, verfügen über solche Möglichkeiten nicht. Dies gilt auch für Güter, die nicht in jedem Mitgliedsland zugelassen und damit mit Papieren an- und abgemeldet werden müssen.

Der Zwang zu einer unbaren Zahlung kann es hier Tätern umgekehrt leichter machen, Verbraucher bei der Veräußerung höherwertiger Güter zu betrügen.

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hält die Begrenzung von Bargeld für einen verfassungswidrigen Eingriff in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie. Er sieht die Freiheitswahrnehmung der Bürger als gefährdet an, wenn das Handeln des Einzelnen total erfasst und registriert werden dürfe. Die Gründe für die Einschränkungen seien weder konkret genug, noch die Einschränkung selbst geeignet, um eben diese zu rechtfertigen. Schon dem Schritt hin zu einer immer weiter gehenden Beschränkung sei zu begegnen.¹²

3. RESULTIERENDE ARGUMENTATIONSANSÄTZE

- Die Begrenzung der Barzahlung für alle Verbraucher scheint auch für namhafte Verfassungsrechtler nicht im Verhältnis zur Erschwerung von Zahlungen für Täter zu stehen.
- Gerade beim privaten Verkauf höherwertiger Güter drohen unüberwindbare Hindernisse für Verbraucher.

Die Diskussion sollte selbst bei einer hohen Grenze Ausnahmen für Verbraucher zulassen, die von privat an privat zahlen. Die vorgeschlagene Grenze von 5.000 Euro ist dafür zu niedrig.

¹¹ <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr151127.en.html> (EN)

¹² <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/rechtsexperten-stellen-obergrenze-von-bargeld-in-frage-14059264.html>

IV. BARGELDABSCHAFFUNGSDEBATTE

1. ENTWICKLUNG DER DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Die Abschaffung von Bargeld wird nicht zuletzt durch die **Akteure im Kartenmarkt** betrieben, die ein Interesse daran haben, ihre Produkte unabkömmlich zu machen.

So wurde im Auftrag von Master Card durch die Steinbeiß-Hochschule Berlin schon 2013 eine Studie erstellt, die darlegen sollte, das Bargeld viel zu teuer sei. Alle Zahlungen ab einem Wert von 6,20 Euro, so die Studie, seien günstiger ohne Bargeld abzuwickeln.¹³

Dies deckt sich aber nicht mit dem Nutzungsverhalten: Wie zuletzt eine GfK-Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken ergab, zahlen 47 Prozent der Verbraucher in Deutschland weiter lieber bar. 92 Prozent der Befragten lehnen eine Abschaffung des Bargeldes ab, 58 Prozent auch schon eine Beschränkung.¹⁴ Diese Umfrage deckt sich mit den Erhebungen des Einzelhandelsinstituts. Danach lag der Barzahlungsanteil im Einzelhandel 2013 immer noch bei 54,4 Prozent. Das Institut erwartet bis 2018 einen Anstieg bei der Kartenzahlung auf 49 Prozent und rechnet damit also weiter für die kommenden Jahre mit einer Dominanz des Bargeldes.¹⁵ Das Zahlungsverhalten der Verbraucher und der Anteil der verschiedenen Instrumente wurden entsprechend auch in einer Studie der Bundesbank 2014 ausführlicher erfasst.¹⁶

Der Bundesfinanzminister weist die **Debatte** zu einer Bargeldabschaffung im Kontext der Terrorismusbekämpfung von sich.¹⁷ Der für die Bargeldversorgung zuständige Vorstand der Bundesbank Carl-Ludwig Thiele warnt aber vor dem Effekt eines scheinweisen Verlustes der mit dem Bargeld verbundenen Freiheitsrechte der Bürger.¹⁸ Einige Ökonomen bewerten Bargeld hingegen als Anachronismus und schalten sich in die Debatte ein um auch auf den Effekt hinzuweisen, dass eine Abschaffung des Bargeldes die Wirkung der Zentralbanken stärken würde, weil so niemand mehr auf geldpolitische Maßnahmen hin in das „zinsfreie Bargeld“ fliehen könnten.¹⁹

Mit der **hohen Bargeldquote** hebt sich Deutschland von den Entwicklungen einiger anderer EU-Mitgliedsländer deutlich ab. Dies mag auch daran liegen, dass namhafte Discounter erst sehr spät, im Fall etwa von Aldi erst Ende 2009/ Anfang 2010 die Zahlung mit der Debitkarte überhaupt eingeführt haben.²⁰

¹³ <http://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/studie-zum-zahlungsverkehr-bargeld-ist-teurer-als-kartenzahlung/8232850.html>

¹⁴ https://bankenverband.de/media/files/2016_02_09_Charts_Bargeldgebrauch_002.pdf

¹⁵ EHI-Research: Zahlung und Kundenbindung mit und ohne Karte, Vortrag Horst Rüter, EHI-Kartenkongress 2014

¹⁶ https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Studien/zahlungsverhalten_in_deutschland_2014.pdf?__blob=publicationFile

¹⁷ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/rechtsexperten-stellen-obergrenze-von-bargeld-in-frage-14059264.html>

¹⁸ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bundesbank-warnt-vor-bargeld-obergrenze-14060686.html>

¹⁹ http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/ende-des-drogen-und-schwarzarbeitsmarkts-top-oekonomen-fuer-abschaffung-des-bargelds_id_4687480.html

²⁰ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/zahlen-mit-ec-karte-aldi-setzt-auf-plastikgeld-a-182386.html>

2. SKANDINAVIEN ALS REFERENZ FÜR EINE (FAST) BARGELDFREIE GESELLSCHAFT?

Der Gebrauch unbarer Zahlungsmittel ist in den EU-Mitgliedsländern sehr verschieden. Den **skandinavischen Ländern** wird dabei am ehesten die Bereitschaft zu einer Abkehr vom Bargeld nachgesagt.

Zu **Dänemark** wird berichtet, dass Bargeld von Verbrauchern so wenig nachgefragt werde, dass die Notenbank angekündigt habe, vom Jahresende 2016 an kein neues Geld mehr zu drucken. Zugleich geriet Dänemark in diesem Zusammenhang in die Schlagzeilen, weil man im Frühjahr 2015 ankündigte, bestimmte Geschäfte, wie Tankstellen oder Restaurants, von der gesetzlichen Pflicht zur Akzeptanz von Bargeld zu befreien.²¹ Zu einem solchen Gesetz kam es aber, auch durch die Intervention der Vertreter der Zivilgesellschaft, nicht. Es war schon der zweite gescheiterte Anlauf.²² Dennoch wird das Beispiel in der deutschen Diskussion immer wieder aufgegriffen.

In Bezug auf bargeldfreie Bereiche ist die Entwicklung in **Schweden** weiter. Hier gibt es seit geraumer Zeit Anbieter, die kein Bargeld mehr akzeptieren. Das wird in Schweden als Grundlage der Vertragsfreiheit betrachtet. Selbst die Hälfte der Bankfilialen arbeitet den Berichten nach bargeldfrei.²³ Auch einige schwedische Geschäfte und einzelne Museen, aber etwa auch Busse des öffentlichen Nahverkehrs akzeptieren kein Bargeld mehr. Damit ist nicht nur die Bereitschaft zur bargeldfreien Zahlung höher, sie ist in bestimmten Lebensbereichen schon heute erforderlich geworden.

In Schweden erfolgten laut Angaben der schwedischen Reichsbank im Jahr 2014 nur noch ein Viertel aller Zahlungen in bar, im Jahr 2012 war es noch ein Drittel. Der Wert der Barzahlung ist dabei auf nur noch etwa 10 Prozent des Umsatzes gesunken.²⁴

Diese Entwicklung wird von Verfechtern der Abschaffung von Bargeld in Schweden gerne aufgegriffen. Seit Jahren gibt es eine Kampagne von Gewerkschaften und Einzelhandel zur Abschaffung von Bargeld. „Bargeld braucht nur Deine Oma – oder Bankräuber“.²⁵ Dazu passen Berichte über missglückte Banküberfälle, weil Filialen gar kein Bargeld mehr hatten.²⁶ Dieser Sicherheitsgedanke hat auch dazu geführt, dass die Arbeitsschutzbehörden Bargeldkassen in Bussen wegen des Überfallrisikos untersagt haben.²⁷

²¹ <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/geld-ausgeben/daenemark-zentralbank-will-notendruck-stoppen-13582761.html>

²² Auskunft von den dänischen Kollegen vom Forbrugerrådet aus dem Dänischen Zahlungsverkehrsrat, eingeholt am 16.02.16.

²³ http://www.faz.net/aktuell/finanzen/digital-bezahlen/schweden-setzt-immer-mehr-auf-bargeldloses-zahlen-14068659.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

²⁴ http://www.riksbank.se/Documents/Rapporter/Ekonomiska_kommentarer/2014/rap_ek_kom_nr09_141125_sve.pdf (SV) Anm. Die Reichsbank verweist aber auch auf Probleme bei der Datenerhebung dazu.

²⁵ http://www.faz.net/aktuell/finanzen/digital-bezahlen/schweden-setzt-immer-mehr-auf-bargeldloses-zahlen-14068659.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

²⁶ <http://www.thelocal.se/20130422/47484> (EN)

²⁷ <http://www.dn.se/ekonomi/krangliga-biljettregler-forsvarar-for-turister/> (SV)

Trotz dieser Kampagne und den Entwicklungen gibt es auch in Schweden Widerstand. Dass Bargeld so deutlich an Bedeutung verloren hat, wird auch mit dem Umstand verbunden, dass in manchen Regionen der nächste Geldautomat über 100 Kilometer entfernt ist. Ferner wurde im Jahr 2005 die Bargeldversorgung durch die Reichsbank privatisiert. Dadurch erhöhten sich die Bargeldkosten für den Handel. Neben der Zivilgesellschaft, etwa über den Rentnerverband,²⁸ werden die Mängel bei der privaten Bargeldversorgung auch in der Politik²⁹ und von der Reichsbank selbst thematisiert, die das Thema mit der Umsetzung der Zahlungskontorichtlinie und dem Konto für Jedermann abermals auf der Tagesordnung haben.³⁰ Die schwedische Linkspartei formulierte dazu als Gegenslogan etwa: „Eine Bank ohne Bargeld ist wie eine Tankstelle ohne Benzin“.³¹

Ganz praktisch lassen sich anhand von Schweden heute bereits auch die **Probleme einer Gesellschaft ohne Bargeld** aufzeigen. So haben einige Banken mit dem System Swish eine Art Bargeldersatz insbesondere auch für den privaten Austausch von Geld geschaffen. Dabei wird die Mobilfunknummer mit dem Konto und einer Smartphone App verbunden. Bei der Frage zu den Kosten für Verbraucher verweist das System aber auf die jeweiligen Angebote der beteiligten Banken.³² Schlagzeilen machte der Dienst auch, als er im Dezember 2015 wegen eines technischen Fehlers zeitweise ausfiel.³³ Die Verdrängung von Bargeld aus dem öffentlichen Nahverkehr bedeutet ganz praktisch, dass man die Verkehrsmittel insbesondere im Außenbereich nicht mehr spontan nutzen kann, zumal in den Großräumen mit Verkehrsverbünden auch eine Kartenzahlung im Bus nicht vorgesehen ist. Nur voraufgeladene Ticketkarten oder ein Handyticket mit einem schwedischen Mobiltelefon sind nutzbar. Diese Einschränkung sei eine Zumutung für Touristen und ältere Menschen, wurde in den Medien bei der Einführung kritisiert.³⁴ Vorbezahlte Reisekassen bedeuten zudem auch, dass Verbraucher den Verkehrsunternehmen quasi ein Vorabdarlehen gewähren.

Es gibt trotz der genannten Kampagne auch in Schweden keine klaren Signale für eine bevorstehende Abschaffung des Bargeldes. So wird tatsächlich in Stockholm bei der U-Bahn neuerdings wieder geworben, dass man am Schalter und in den Straßenbahnen Fahrausweise auch mit Bargeld erwerben kann.³⁵ Und in den Jahren 2015 bis 2016 wird das schwedische Bargeld sowohl als Note als auch als Münze sogar modernisiert.³⁶ Fragen wie der praktische Zugang zum Bezahlen, die Kosten von unbaren Zahlungsmitteln und auch die Wettbewerbsverzerrung, wenn nicht mehr alle Banken Bargeld verwenden und anbieten, werden auch in Schweden diskutiert. Die Reichsbank

²⁸ http://www.faz.net/aktuell/finanzen/digital-bezahlen/schweden-setzt-immer-mehr-auf-bargeldloses-zahlen-14068659.html?printPageArticle=true#pageIndex_2

²⁹ Bsp. Beschlussvorschlag schwedische Linkspartei im Reichstag https://www.riksdagen.se/sv/Dokument-Lagar/Forslag/Motioner/Bankernas-kontanhantering_H102Fi201/?text=true (SV)

³⁰ <http://www.riksbank.se/sv/Sedlar--mynt/Sedlar/Bakom-pengakulisserna/Bankerna-maste-hantera-kontanter/>

³¹ <http://vastmanland.vansterpartiet.se/2015/04/01/bank-utan-kontanter/> (SV)

³² <https://www.getswish.se/support/kostar-swish-nagot/> (SV)

³³ <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article21889963.ab> (SV)

³⁴ <http://www.dn.se/ekonomi/krangliga-biljettregler-forsvarar-for-turister/> (SV)

³⁵ <http://sl.se/sv/info/biljetter/forsaljningsstallen/> (SV)

³⁶ <http://www.riksbank.se/sv/Sedlar--mynt/Sedlar/Tidplan/> (SV)

verweist dazu in einem Papier aus dem Jahr 2014 auch auf laufende Gerichtsverfahren zum Status des „gesetzlichen Zahlungsmittels“ und der Erkenntnis, dass auch die Schweden die Nutzung von Bargeld als ein „Allgemeinheitsrecht“ empfinden würden.³⁷ Die schwedische Verbraucherschutzbehörde hat im Rahmen eines Gutachtens im Jahr 2015 festgestellt, dass es trotz der zahlreichen unbaren Zahlungsmittel auch weiterhin Verbraucher gibt, die auf die Nutzung von Bargeld angewiesen sind, sei es aufgrund von gesundheitlichen oder technischen Einschränkungen, wie mangelnder Internetzugang oder fehlender Computer beziehungsweise Mobiltelefon.³⁸ Die schwedischen Verbraucherschützer haben im Jahr 2015 festgestellt, dass die Bargeldversorgung in Schweden insbesondere im ländlichen Bereich besonders schlecht ist. Das Land liege im EU-Vergleich am unteren Ende bezüglich der Verfügbarkeit von Geldautomaten. Man dränge daher auf zuverlässige Bezahlendienste, die allen offenstehen und die nicht nur dem Handel, sondern auch dem Gemeinwesen dienen (vom Verein, bis zum privaten Flohmarktverkauf etc.). Dass die schlechte Bargeldversorgung viele, insbesondere auch Vereine zwingt, größere Bargeldmengen derzeit selbst zu lagern, wird zusätzlich als Problem angesehen.³⁹

3. ENTWICKLUNGEN IN ANDEREN EU-LÄNDERN

Auch in anderen Ländern wird die Frage einer Bargeldabschaffung diskutiert, aber weniger intensiv beziehungsweise schon länger.

In Österreich wurde im Februar von Seiten der konservativen Parteien eine Initiative angestoßen, die Nutzbarkeit von Bargeld in die Verfassung zu schreiben.⁴⁰ Der Gesetzgeber hatte hier im März 2015 bereits angekündigt, das Barzahlen in der Bauwirtschaft verbieten zu wollen, um Scheingeschäfte zu unterbinden.

In Großbritannien erwartete man Anfang 2015 das erste Mal mehr bargeldfreie, als bargeldbezogene Zahlungen.⁴¹ Zugleich wird auch dort die Frage gestellt, ob Verbraucher mit diesem Übergang nun gläsern werden.⁴²

Im französischsprachigen Raum und in Spanien scheint die Debatte weniger ausgeprägt. Auch hier finden sich aber Diskussionsbeiträge, die unter anderem auf die Benachteiligung der Armen durch die Aufgabe von Bargeld abstellen.⁴³

Auch in den anderen Ländern wird bei dieser Frage gerne auf Skandinavien verwiesen.

³⁷ http://www.riksbank.se/Documents/Rapporter/Ekonomiska_kommentarer/2014/rap_ek_kom_nr09_141125_sve.pdf (SV)

³⁸ <http://www.konsumentverket.se/Om-oss/Organisation/Vara-remissyttranden/Remissyttranden-2015/Svensk-kontanthantering-FI20142984/> (SV)

³⁹ <http://www.sverigeskonsumer.se/nyheter-press/remissvar/remissvar-sou-201535-service-i-glesbygd/> (SV)

⁴⁰ http://www.krone.at/Oesterreich/Breite_Front_fuer_Verankerung_in_der_Verfassung-Recht_auf_Barzahlung-Story-495837

⁴¹ <http://www.telegraph.co.uk/news/shopping-and-consumer-news/11378824/Cashless-payments-to-overtake-notes-and-coins-within-weeks.html> (EN)

⁴² <http://www.theguardian.com/sustainable-business/2015/sep/30/1984-does-a-cashless-economy-make-for-a-surveillance-state> (EN)

⁴³ http://www.eldiario.es/economia/desaparicion-efectivo-propuesta-peligrosa-desfavorecidos_0_406659742.html (ES)

4. ABWÄGUNGSPUNKTE ZUM BARGELD

Die Debatte über die Abschaffung von Bargeld wird teilweise seit Jahren geführt. Die Bargeldbeschränkung verschafft dieser Diskussion zusätzliche Wirkung. Eine wirkliche Abschaffung würde aber noch tiefer in die Rechte der Verbraucher eingreifen und **Verbraucher bei ihrem wirtschaftlichen Handeln gänzlich in Abhängigkeit von Dritten** führen.

❖ Es gibt bisher kein echtes Ersatzprodukt für Bargeld: Selbst wenn es am Markt einmal eine Vielzahl von Anbietern mit Ersatzzahlungsmitteln geben sollte, haben sich bisher im Zahlungsverkehrsmarkt nur sehr wenige Anbieter langfristig durchgesetzt, denn nur solche Angebote sind als Ersatz relevant, die auf eine entsprechend hohe beziehungsweise möglichst unbeschränkte Akzeptanz stoßen. Global sind das bisher fast nur die beiden großen Kartensysteme VISA und Mastercard mit ihren diversen Subprodukten (VPay, Maestro, Cirrus, VISA ELECTRON, etc.) und im Onlinebereich der Anbieter Paypal. In Europa kommen im SEPA-Raum Überweisung und Lastschrift hinzu. Weitere wichtige Angebote sind nur national vorhanden und können so etwa selbst von EU-Bürgern nicht grenzüberschreitend genutzt werden.

Als Bargeldersatz müssen Zahlungen unbar sofort bewirkt werden können. Entsprechende Planungen finden in der EU schon statt, es gibt aber noch kein sich abzeichnendes System, das EU-weit vor der Markteinführung stünde.

Ein System, das auch einem Verbraucher eine unumkehrbare sofortige Zahlungsgarantie verspricht und(!) die sofortige unbeschränkte Verfügbarkeit über die erhaltenen Mittel, außer Bargeld, existiert nicht.

❖ Neben der Folge, dass jegliches monetäres Verhalten überwachbar wird, kommt hinzu, dass unbare Zahlungssysteme Verbraucher auch abhängig von der technischen Verfügbarkeit und Funktionstüchtigkeit des jeweiligen Systems macht. Aber auch geschäftlichen Vorgaben der Dienste können die Handlungsfähigkeit beschränken. Dies wurde schon Realität, als sich PayPal und die Kreditkartenfirmen weigerten, Spenden an die Plattform Wikileaks noch auszuführen.⁴⁴

❖ Das Wissen, dass jedes Zahlverhalten überwacht und beobachtet werden kann, kann zur Verunsicherung führen, sich am Markt noch frei zu bewegen. Die auch spätere Bewertung des eigenen aufgezeichneten Verhaltens könnte die künftige Handlungsfreiheit einschränken. Es ist vorstellbar, dass wie bei der aktuellen Diskussion um bessere Versicherungstarife, wenn Verbraucher sich über „smarte“ Geräte in ihrer Bewegung überwachen lassen, später auch andere Angebote gemacht werden, die Verbraucher nur noch kostengünstig erreichen, wenn sie den Zugriff auf ihre Zahlungshistorie zulassen. Es ließe sich ohne Bargeld nicht verhindern, dass diese Zahlungshistorie lückenlos aufgebaut wird.

❖ Die Notwendigkeit, sich zur eigenen Zahlungsfähigkeit regelmäßig mit Bargeld zu versorgen, erhöht die Aufmerksamkeit für Ausgaben und zwingt auch zu einer besseren Planung. Unbare Zahlungsmittel bedeuten meist unbegrenzten Zugriff auf die

⁴⁴ So stellten sowohl Kreditkartenfirmen als auch Paypal politisch motiviert Zahlungen an die Internetplattform Wikileaks 2010 ein. <http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article104945699/Kreditkartenfirmen-stoppen-Zahlungen.html>

verfügbaren Mittel an jedem Ort und ermöglichen Mehrausgaben ebenso, wie sie die Notwendigkeit zur Kostenkontrolle unmittelbar im Geschäft vernachlässigbar machen.

❖ Die Möglichkeit, Geld außerhalb von Konten verwahren zu können, entfielen mit dem Bargeld. Damit könnte über negative Zinsen auch Druck auf Verbraucher ausgeübt werden, ihr Geld auszugeben. Dies wird von einzelnen Wirtschaftsexperten sogar als Zielvorgabe formuliert. Das würde aber insbesondere Haushalte mit mittlerem und geringem Finanzvolumen extrem belasten, da so das Ansparen von Anschaffungen beeinträchtigt wird, wenn sich ein Anlegen nicht lohnt oder wenn das Geld wegen ohnehin eingeschränkter Liquidität auch als ständig verfügbare Reserve benötigt wird.

❖ Das gesetzliche Zahlungsmittel als zulässiges Monopol: Die Situation in Schweden und Dänemark zeigt deutlich den Konflikt mit dem Konzept des gesetzlichen Zahlungsmittels. Während in Schweden Fakten geschaffen wurden, in dem einfach davon ausgegangen wurde, dass es in der Vertragsfreiheit liegt, welche Zahlungsmittel ein Anbieter akzeptiert, zeigt die Diskussion in Dänemark über eine vom Gesetzgeber ausdrücklich zu schaffenden Ausnahmen von der Annahmepflicht, wie wichtig das Konzept des gesetzlichen Zahlungsmittels ist, um nicht ungeplant bargeldfreie Räume zu schaffen, wie sie in Schweden entstanden sind.

Bezogen auf den Euro ergibt sich die Pflicht zur Annahme einmal aus der EG-Verordnung Nr. 974/98 über die Einführung des Euro, zum anderen über die entsprechende Regelung in § 3 Münzgesetz. Die europäische Regel besagt zunächst nur, dass niemand mehr als 50 Münzstücke respektive Münzen im Wert von mehr als 200 Euro pro Zahlung in Euro annehmen muss. Das deutsche Gesetz übernimmt diese eigentlich negativ formulierte Regelung, überschreibt sie aber mit „Annahme- und Umtauschpflicht“. Dies unterstreicht, dass aus den formulierten Ausnahmen heraus es umgekehrt eine Rechtspflicht gibt, Bargeld ansonsten zu akzeptieren. Dies wird letztlich unter dem Begriff des gesetzlichen Zahlungsmittels auch so definiert.⁴⁵ Will man verhindern, dass in Ermangelung etwa eines gemeinsamen Zahlungsinstrumentes die Zahlung eines Verbrauchers oder auch der Empfang einer Zahlung durch einen Verbraucher scheitert, wird man ein anderes Zahlungsmittel zum gesetzlichen Zahlungsmittel erheben müssen. Damit würde man aber einen privaten Dienst monopolisieren.

5. FAZIT

❖ Bargeld bleibt auch in der Zukunft ein wesentliches und auch auf absehbare Zeit unverzichtbares Instrument. Es gibt kein erkennbar unproblematisches Ersatzinstrument. Auch wenn Bargeld durch die Fortentwicklung verschiedener unbarer Zahlungsmethoden Marktanteile verliert und dadurch für Händler teurer als bisher wird, gibt es keinen Ersatz. Ein Ersatz müsste zum neuen gesetzlichen Zahlungsmittel erhoben werden, würde damit es aber in Konflikt zu allen anderen unbaren Methoden treten. Vorstellbar wäre eventuell noch ein Konzept wie die Geldkarte.

⁴⁵ https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/G/gesetzliches_zahlungsmittel.html

- ❖ Ohne Bargeld wird eine Datenspur erzwungen, die zu einer völligen Überwachung des Verhaltens von Verbrauchern führen kann. Das wird auch für verfassungswidrig gehalten.
- ❖ Mit Bargeld existiert das einzige marktbezogene unproblematische Monopol, mit dem jeder Zahlungen ausführen kann.
- ❖ Jedes unbare Konzept bedarf technischer Hilfsmittel, die ausfallen oder vor Ort nicht zur Verfügung stehen können. Ob ein Systemfehler – oder gar krimineller Angriff – auf das System vorliegt oder ein Ereignis wie eine Naturkatastrophe: Nur Bargeld erlaubt eine Nutzung unabhängig von Anbietern und technischen Voraussetzungen.
- ❖ Bargeld schützt zudem vor negativen Zinsen. In konjunkturellen Krisen- und Niedrigzinszeiten liegt die Versuchung mit negativen Zinsen Konsumanreize zu setzen auf der Hand. Auf diese Weise könnten Zentralbanken und Politik einen erheblichen Einfluss auf Alltagsleben und Ersparnisse gewinnen.

V. ABSCHAFFUNG DER 500 EURO BANKNOTEN

Über die Abschaffung der 500 Euro-Scheine wird durch die EZB entschieden. Eine entsprechende Vorentscheidung soll schon ergangen sein.⁴⁶ In einer GfK Umfrage des Bankenverbandes habe sich 45 Prozent der Verbraucher für eine Abschaffung ausgesprochen, 33 Prozent dagegen.⁴⁷ Die Nutzung des 500-Euro-Scheines im Verbraucheralltag ist, außer bei großen Bargeldzahlungen, ohnehin selten. Eher können Verbraucher betroffen sein, die ihr Geld bisher keiner Bank anvertraut haben und nun zum Umtauschen gezwungen sind. In der praktischen Anwendung kann der 500 Euro Schein durch kleinere Scheine aber ersetzt werden, die auch viel leichter Akzeptanz bei ihrem weiteren Einsatz finden.

VI. KLEINMÜNZEN

Im Zuge einer Mitgliederbefragung im Jahr 2012 hatten sich die vzbv-Verbände zu gleichen Teilen für und gegen eine Abschaffung der Kleinmünzen ausgesprochen. Die GfK Umfrage des Bundesverbandes deutscher Banken Anfang Februar 2016 ergab eine deutliche Sympathie der Befragten für eine Abschaffung (61 Prozent), wenn man eine vernünftige Rundungsregel gestaltet. Ein Drittel sprachen sich dagegen aus.⁴⁸

Die Frage der Kleinmünzen konzentriert sich auf den Konflikt zwischen dem effizienten Einsatz dieser Münzen und dem Interesse an der Möglichkeit, präzise bar zu bezahlen.

⁴⁶ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ezb-rat-will-500-euro-schein-abschaffen-a-1077477.html>

⁴⁷ https://bankenverband.de/media/files/2016_02_09_Charts_Bargeldgebrauch_002.pdf

⁴⁸ https://bankenverband.de/media/files/2016_02_09_Charts_Bargeldgebrauch_002.pdf

Problematisch ist insbesondere, dass Kleinmünzen fast schon ihrem Materialwert entsprechen und mit dem Aufwand für Herstellung, Transport und Wechselgeldbeschaffung ihren Wert übersteigen.

Untersuchungen zeigen, dass Kleinmünzen sich oft bei Verbraucher ansammeln, weil es zu aufwendig erscheint, bei jedem Zahlvorgang diese im Portemonnaie zu suchen. Umgekehrt erhalten viele Verbraucher Kleinmünzen als Rückgeld. Größere Mengen Kleinmünzen bei der eigenen Bank zurückzugeben ist oft mindestens mit Aufwand verbunden (Rollen). Auf diese Weise entziehen sich diese Münzen stärker als andere Münzen dem Kreislauf.

In einer Münzgeldstudie des Einzelhandelsinstitut EHI⁴⁹ im Auftrag der Deutschen Bundesbank wurde versucht, die Folgen von Rundungsregeln abzuschätzen. Hier zeigen Zwischenergebnisse, dass ein generelles Abrunden für die Händler prozentual deutlich teurer wäre, als Preise generell aufzurunden. Dies wird man letztlich auf die Politik der Preissetzung dicht unterhalb des nächsten Euro-Preises zurückführen können. Das Runden auf volle 5 Cent-Beträge auf den Endpreis an der Kasse ergäbe keine nennenswerten Preiseffekte. Eine Rundungsregel auf Einzelpreise aber schon. Es gäbe aber Einsparungen durch den Verzicht auf die Kleinmünzen, weil sich gerade die Rollenkosten mit auswirken würden.

- ❖ Je nach Gut wirken sich kleine Beträge in der Summe in ihrer Differenz unterschiedlich aus. Eine Preisänderung um einen Cent ist beim Tanken damit relevanter als beim Erwerb eines einzelnen Stückgutes. Daher wird man Rundungsregeln wenn, dann nur auf Endpreisen akzeptieren können, da anderenfalls kalkulierte Preisanpassungen zu befürchten sind.
- ❖ Einzuräumen ist aber auch, dass jede Festlegung von Kleinmünzen auch grundsätzlich willkürlich ist. So haben Länder mit höheren Nominalwerten in ihren üblichen Preisen kleine Münzen längst abgeschafft. Zu definieren, ab welchem Wert eine Münze preisrelevant ist, ist aber kaum möglich.
- ❖ Je größer der Wert der Kleinmünzen desto größer ist aber auch der relevante Abstand zum nächsthöheren Preis. Erkennt man den psychologischen Effekt von Preisen wie 1,99 Euro als Problem an, würde der relevantere Abstand zu einem Preis von 1,95 Euro eigentlich auch für einen Wegfall dieser Münzen sprechen.
- ❖ Behält man die Cent-genauen Preise bei unbarer Zahlung bei und geht man von einem weiteren Anwachsen der Nutzung dieser Zahlungsinstrumente aus, würde man einen negativen Preiseffekt eingrenzen können, weil man es als Verbraucher in der Hand hat, durch die Art der Zahlung zu entscheiden, ob gerundet wird oder nicht.

⁴⁹ Münzgeldstudie – Folgenabschätzung einer Rundungsregel im Einzelhandel EHI Retail Institute GmbH in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank, Mai 2015